

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3214

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3214



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Argumentarium zur Trinkwasser- und Pestizidverbots-Initiative

Weniger Regionales, steigende Preise

Die Trinkwasser- und die Pestizidverbotsinitiativen sind extrem. Bundesrat und Nationalrat lehnen beide Initiativen ohne Gegenvorschlag klar ab. Ein vollständiger Verzicht auf Pflanzenschutzmittel ist heute gemäss Bundesrat weder in der integrierten noch in der biologischen Produktion möglich. Der Bund setzt daher als Alternative auf den Aktionsplan Pflanzenschutz. Dieser will die Risiken halbieren, und es sollen Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Er trat im September 2017 in Kraft. Im September 2020¹ waren von den 51 konkreten Massnahmen bereits 21 eingeführt. Bei 30 Massnahmen laufen die Vorbereitungsarbeiten.

Gegen die beiden Initiativen wehren sich die Landwirtschaft, die Wirtschaft, die Forscher, die Gärtner und Landschaftspfleger sowie Konsumentinnen und Konsumenten.

Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»

Die Initiative will synthetische Pflanzenschutzmittel in der landwirtschaftlichen Produktion, der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und der Boden- und Landschaftspflege verbieten. Verboten werden soll auch die Einfuhr von Lebensmitteln zu gewerblichen Zwecken, die synthetische Pflanzenschutzmittel enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind. Erlaubt ist weiterhin der private Einkauf im Ausland bzw. der Einkaufstourismus.

Die Initiative führt zu leeren Gestellen in den Läden: Die regionale landwirtschaftliche Produktion bricht ein, gewerbliche Importe sind kaum mehr möglich oder massiv überteuert. Die Initiative gefährdet die regionale landwirtschaftliche Produktion in der Schweiz (konventionell und bio), verteuert den Einkauf und die Produktion vieler KMU, blockiert das verarbeitende Gewerbe (z.B. Schokoladen- und Kaffeeindustrie) und belastet das Budget der Konsumentinnen und Konsumenten massiv. Ein Totalverbot von synthetischen Pestiziden betrifft auch Biozide. Sie werden als Reinigungs- und Desinfektionsmittel sowohl in der Landwirtschaft (z.B. zur Reinigung von Melkmaschinen) wie auch in der verarbeitenden Lebensmittelindustrie (z.B. Bekämpfung von Schädlingen und Desinfektion im Produktionsprozess) verwendet. Zudem kommt das Verbot von synthetischen Pestiziden einem Innovationsverbot gleich. Produkte können nicht mehr verbessert werden. Die Erfahrung zeigt. Technologieverbote führen zu Abwanderung der entsprechenden Forschung und schaden dem Denk- und Innovationsplatz Schweiz. Die Radikalität der Initiative zeigt sich auch bei der Umsetzung. Sie müsste sofort in Kraft gesetzt werden, nur in Notlagen könnte der Bundesrat in einer Übergangszeit die Bestimmungen lockern.

¹ Jahresbericht Umsetzung Aktionsplan Pflanzenschutzmittel:

<https://www.blw.admin.ch/dam/blw/de/dokumente/Nachhaltige%20Produktion/Pflanzenschutz/AktionsplanPflanzenschutzmittel/aktionsplan.pdf.download.pdf/Jahresbericht%20Umsetzung%20Aktionsplan%20Pflanzenschutzmittel%20Stand%20September%202020.pdf>

Initiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» (Trinkwasser-Initiative)

Die Trinkwasser-Initiative fordert, dass Landwirtschaftsbetriebe nur noch Direktzahlungen erhalten, wenn sie (1) pestizidfrei produzieren, (2) ihre Tiere mit hofeigenem Futter – also ohne Futterzukauf und – ernähren und (3) die Tiere nicht prophylaktisch mit Antibiotika behandeln. (4) Forschung, Beratung und Ausbildung werden vom Bund nur dann finanziell unterstützt, wenn sie die pflanzenschutzmittelfreie Landwirtschaft vorantreiben.

Die Trinkwasser-Initiative belastet die regionale, landwirtschaftliche Produktion in der Schweiz und verteuert regionale Schweizer Produkte. Gleichzeitig würden die Importe stark zunehmen. Die Initiative betrifft sowohl den konventionellen als auch den biologischen Anbau. Zudem gefährdet die Initiative die Lebensmittelsicherheit, denn Biozide dienen als Desinfektionsmittel auch der Stallhygiene. Die Initiative schränkt die Forschung erheblich ein. Sie will, dass öffentliche Gelder nur noch in die pestizidfreie Produktion fließen. Das Innovationsverbot verhindert die Weiterentwicklung von Pflanzenschutzmitteln und Bioziden (Reinigungs- und Desinfektionsmittel) für die Landwirtschaft.

2 x NEIN zu den extremen Agrar-Initiativen

Bund und Produzenten tun schon heute viel, um Umwelt, Wasserqualität und Mensch zu schützen. Die Initiativen sind zu extrem und haben gravierende Auswirkungen: Sie schwächen die landwirtschaftliche Produktion und Verarbeitung in der Schweiz. Die Preise regionaler Produkte steigen, die Qualität sinkt und Innovationen werden blockiert.

Die Konsequenzen der extremen Agrar-Initiativen:

- **NEIN zu weniger Schweizer Produkten**

Ohne Pflanzenschutz sinkt das regionale Angebot massiv. Schweizer Produkte werden durch Importe oder Einkaufstourismus ersetzt. Die Abhängigkeit vom Ausland steigt. Das gefährdet die Existenz vieler einheimischer landwirtschaftlicher Betriebe und der Lebensmittelverarbeiter. Die Qualität und die Sicherheit der landwirtschaftlichen Produkte leiden. Sowohl die konventionelle als auch die biologische Produktion ist betroffen.

- **NEIN zu steigenden Preisen**

Die Verknappung des regionalen Angebots treibt die Preise für regionale Produkte in die Höhe. KMU, Mittelstand und sozial benachteiligte Personen bekommen die Preissteigerungen besonders zu spüren. Die sinkende Qualität regionaler Produkte fördert den Food Waste. Die Einschränkung landwirtschaftlich genutzter Desinfektions- und Reinigungsmittel in der Produktion und der Verarbeitung gefährdet die Lebensmittelsicherheit.

- **NEIN zu Innovationsverboten und Einschränkung der Forschung**

Die Initiativen schränken die Forschung ein. Verbote behindern Innovation im Pflanzenschutz. Wege zu einer noch nachhaltigeren Landwirtschaft werden blockiert. Die Schweiz als Forschungs- und Innovationsstandort wird geschwächt.

NEIN zur extremen Pestizidverbots-Initiative

... weil die Pestizidverbots-Initiative die inländische Produktion abwürgt und massiv verteuert.

Pflanzenschutzmittel (PSM) ermöglichen die Produktion von genügend Schweizer Lebensmitteln in der verlangten Qualität. Ohne PSM-Einsatz können Landwirte und Produzenten ihre Kulturen nur ungenügend vor Krankheiten und Schädlingen schützen; auch Bio-Bauern sind betroffen. Der Verzicht auf Pflanzenschutz führt gemäss UNO (FAO) zu durchschnittlichen Ertragseinbussen von 40 Prozent. Bei einzelnen Kulturen kommt es zu Totalausfällen. Die Produktion in der Schweiz lohnt sich für viele nicht mehr. Der Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen ist die Folge und die Existenzen vieler Produzenten ist bedroht. Die Verknappung des Angebots lässt die Preise für die Verarbeiter, Gastronomie, Hotellerie und Konsumenten explodieren. Besonders sozial Benachteiligte und Personen ohne Möglichkeit zum Einkauf im Ausland bekommen die Preissteigerungen zu spüren.

... weil die Pestizidverbots-Initiative die Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit gefährdet.

Ohne PSM-Einsatz brauchen Landwirte und Produzenten wesentlich mehr Fläche für weniger Ertrag. Der Selbstversorgungsgrad sinkt drastisch und schränkt die Ernährungssicherheit ein. Pro Produktionseinheit steigt zudem die Belastung des Klimas. Der Verzicht auf Pestizide betrifft auch Biozide, also Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Dadurch leidet die Stallhygiene. Ohne synthetische Biozide in der Verarbeitung und bei der Lagerung von Lebensmitteln wird die Einhaltung der Hygienevorschriften und die Gewährleistung der Sicherheit der Lebensmittel verunmöglicht. Um die Nachfrage zu befriedigen, bleiben nur überteuerte Importe aus dem Ausland, die aber auch pestizidfrei produziert sein müssten.

... weil die Pestizidverbots-Initiative Food Waste fördert.

Als Naturprodukte sind Kulturen den Einflüssen der Umwelt stark ausgesetzt. Ohne PSM nehmen die Schäden an Gemüse, Früchten und Pflanzen massiv zu. Diese qualitativ angeschlagenen Produkte sind nicht nur weniger haltbar, sie lassen sich im Handel und bei den Konsumenten schlecht vermarkten. Ohne den Einsatz von PSM steigt dieser Anteil und der Food Waste nimmt zu.

... weil die Pestizidverbots-Initiative die Konsumenten bevormundet und Einkaufstourismus fördert.

Schweizerinnen und Schweizer haben die Wahl zwischen Produkten aus verschiedenen Regionen, Preisniveaus und Anbauarten. Diese Wahlfreiheit wird rege genutzt, ist durch die Initiative aber gefährdet: Ohne den Einsatz von PSM steigen die Preise für einheimische Nahrungsmittel massiv. Lebensmittel würden rund 50 Prozent teurer;² die regionale Lebensmittelproduktion würde um mindestens 30 Prozent zurückgehen.³ Konsumentinnen und Konsumenten mit knappem Budget könnten weniger regionale Früchte und Gemüse essen. Weil Einkaufstourismus weiterhin erlaubt ist, würden viele auf ausländische Produkte umsteigen. Der Grenzverkehr nimmt zu. Das ist sowohl ökologisch als auch sozial fragwürdig. Es droht ein Schwarzmarkt mit privat importierten Produkten.

...weil ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln einem Innovationsverbot gleichkommt.

Das Verbot von Pflanzenschutzmitteln sowie von Schädlingsbekämpfungs- und Desinfektionsmitteln in der landwirtschaftlichen Produktion und Verarbeitung gefährdet die Lebensmittelsicherheit. Verbote kommen zudem einem Innovationsverbot gleich. Der Schweizer Landwirtschaft und Verarbeitung wird untersagt, von neuen Erkenntnissen und Innovationen bei Pestiziden zu profitieren. Das ist verantwortungslos und schadet der Nachhaltigkeit. Schädliche Innovationsverbote bringen uns nicht weiter.

... weil das Importverbot Schweizer Industrien lahmlegt und den Wirtschaftsstandort schwächt.

Die Pestizidverbots-Initiative ist wirtschaftsfeindlich. Tausende von Arbeitsplätzen in der Schweiz sind mit der Initiative gefährdet. Wegen des Importverbots von Lebensmitteln, die mit synthetischen Pestiziden produziert wurden, würden die Importe drastisch sinken und Schweizer Industrien wie die

² <https://www.srf.ch/sendungen/kassensturz-espresso/bio-produkte-kosten-50-prozent-mehr>

³ Studie der Agroscope «Folgenabschätzung Trinkwasserinitiative: ökonomische und agrarstrukturelle Wirkungen»

<https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/57342.pdf>

Tabelle 5, Seite 24

Schokoladeproduktion oder die Veredelung von Kaffee massiv treffen. Betroffen vom Importverbot sind auch Bioprodukte, da auch in der Bioproduktion synthetische Pflanzenschutzmittel oder Biomittel mit synthetischen Komponenten eingesetzt werden. Die Nahrungsmittelverarbeitung und der Handel in der Schweiz kämen praktisch zum Erliegen. Durch den zunehmenden Einkaufstourismus sind auch zahlreiche KMU und Gewerbebetriebe in den Grenzregionen gefährdet. Infrage gestellt wären auch Sportarten wie Fussball, weil der Rasen nicht mehr unterhalten werden könnte. Und tangiert wäre auch die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs, wegen dem mangelnden Unterhalt der Gleisinfrastruktur.

... weil die Pestizidverbots-Initiative Fortschritte und erreichte Erfolge verkennt.

Bund und Produzenten tun schon heute viel, um Umwelt, Wasserqualität und Mensch zu schützen. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist in der konventionellen Produktion in den letzten zehn Jahren um rund 40 Prozent gesunken – der Gebrauch von Herbiziden sogar um 45 Prozent. Mit dem Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, der 2017 vom Bundesrat verabschiedet wurde, wird der Verbrauch zusätzlich abnehmen. Der Aktionsplan will die Risiken halbieren. Die Initiative verkennt, dass die Landwirtschaft bereits heute zahlreiche Methoden nutzt, um ihre Pflanzen vor Witterung, Naturereignissen, Unkraut und natürlichen Feinden zu schützen. Sie setzen Nützlinge ein, bauen resistente Sorten an, verwenden Techniken wie das Verwirrungssystem oder nutzen technische Innovationen. Zwei Jahre nach der Verabschiedung des Aktionsplans sind bereits wichtige Schritte zur Zielerreichung erfolgt, es braucht daher kein radikales Verbot, wie es die Initiative fordert.

NEIN zur schädlichen Trinkwasser-Initiative

... weil die Trinkwasser-Initiative die inländische Produktion abwürgt und massiv verteuert.

Pflanzenschutzmittel (PSM) ermöglichen die Produktion von genügend Schweizer Lebensmitteln in der verlangten Qualität. Ohne PSM-Einsatz können Landwirte und Produzenten ihre Kulturen nur ungenügend vor Krankheiten und Schädlingen schützen; auch Bio-Bauern sind betroffen. Der Verzicht auf Pflanzenschutz führt gemäss UNO (FAO) zu durchschnittlichen Ertragseinbussen von 40 Prozent. Bei einzelnen Kulturen kommt es zu Totalausfällen. Ohne Schutz sinkt die Produktivität der Schweizer Landwirtschaft. Der Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen⁴ ist die Folge und die Existenzen vieler Produzenten ist bedroht. In gewissen Fällen kann der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln durch Handarbeit ersetzt werden (z.B. Jäten anstelle von Herbiziden). Dies steigert aber die Produktionskosten. Die Konsumentinnen und Konsumenten sehen sich mit einer Verknappung des Angebots und einer Erhöhung der Preise konfrontiert. Betroffen sind auch Gastronomie, Hotellerie, Verarbeiter und Nahrungsmittelindustrie. Besonders sozial Benachteiligte und Personen ohne Möglichkeit zum Einkauf im Ausland bekommen die Preissteigerungen zu spüren.

... weil die Trinkwasser-Initiative Importe massiv erhöht.

Aufgrund der schwindenden regionalen Produktion und zur Sicherstellung der Versorgung müssen mehr Lebensmittel aus dem Ausland importiert werden. Ausländische Produkte stammen aus Produktionsbedingungen, die mit Schweizer Standards nicht mithalten können und nicht durch die Schweizer Behörden oder Branchen kontrolliert werden. Wie wichtig gerade Regionalität beim Einkaufsverhalten der Schweizer ist, zeigt die Corona-Krise. Die regionale Versorgung wäre durch Annahme der Initiativen gefährdet und preislich nicht mehr interessant. Aus Sicht der Umwelt, der Konsumenten und des Tierwohls ist eine verantwortungsvolle, regionale Produktion besser als steigende Importe.

⁴ Der SBV geht davon aus, dass von den über 300'000 Arbeitsplätzen (Vollzeitäquivalente) im Land- und Ernährungssektor mehr als die Hälfte (160'000) direkt von den Initiativen betroffen wären. Weitere ausserhalb des Sektors wären als Zulieferer ebenfalls tangiert, z.B. Baufirmen.

... weil die Trinkwasser-Initiativen Innovation verhindern.

Die Initiative führt im Forschungsbereich zu weitreichenden Konsequenzen. Die Forderung, dass öffentliche Gelder nur noch in pestizidfreie Produktion fließen darf, kommt einem Innovationsverbot gleich. Die Möglichkeit des Bundesrats Forschung, Beratung und Ausbildung zu fördern, wird stark eingeschränkt. Es besteht die Gefahr, dass neue und noch unbekannte Forschungsthemen, die einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Landwirtschaft leisten, nicht mehr finanziert werden. Zahlen der UNO (FAO) zeigen, dass landwirtschaftliche Innovationen zu enormen Steigerungen der Ernteerträge und verminderten Umwelteinflüssen führen. Innovative Produkte, etwa im Bereich der digitalen Landwirtschaft, können den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren, bedingen aber Investitionen in Forschung und Entwicklung, die bei einer Annahme der Initiativen kaum mehr möglich wären. Technologieverbote lösen keine Probleme, führen aber zu Rückschritt und Wohlstandsverlust.

... weil die Trinkwasser-Initiative Food Waste fördert.

Als Naturprodukte sind Kulturen den Einflüssen der Umwelt stark ausgesetzt. Ohne PSM nehmen die Schäden an Gemüse, Früchten und Pflanzen massiv zu. Diese qualitativ angeschlagenen Produkte sind nicht nur weniger haltbar, sie lassen sich im Handel und bei den Konsumenten schlecht vermarkten. Gemüse und Obst muss gemäss Lebensmittelrecht bei der Abgabe sauber und unversehrt, bzw. frei von Fehlern sein, die den Konsumwert beeinträchtigen.⁵ Ohne den Einsatz von PSM steigt dieser Anteil und der Food Waste nimmt zu.

... weil die Trinkwasser-Initiative die Konsumenten bevormundet.

Konsumentinnen und Konsumenten haben weniger regionale Auswahl und müssen tiefer in die Tasche greifen. Schweizerinnen und Schweizer haben die Wahl zwischen Produkten aus verschiedenen Regionen, Preisniveaus und Anbauarten. Eine Wahl, die sie rege nutzen, die aber durch die Initiative gefährdet ist: Ohne den Einsatz von PSM gibt es keine einheimischen Nahrungsmittel zu konkurrenzfähigen Preisen mehr. Lebensmittel würden rund 50 Prozent teurer;⁶ die regionale Lebensmittelproduktion würde um mindestens 30 Prozent zurückgehen.⁷ Konsumentinnen und Konsumenten mit knappem Budget sind gezwungen, landwirtschaftliche Produkte aus dem Ausland zu kaufen oder den Konsum von gesunden regionalen Produkten zu reduzieren. Das kann auch zu einer Belastung des Gesundheitswesens mit entsprechenden volkswirtschaftlichen Kosten führen.

... weil die Trinkwasser-Initiative Fortschritte und erreichte Erfolge verkennt.

Bund und Produzenten tun schon heute viel, um Umwelt, Wasserqualität und Mensch zu schützen. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist in der konventionellen Produktion in den letzten zehn Jahren um rund 40 Prozent gesunken – der Gebrauch von Herbiziden sogar um 45 Prozent. Mit dem Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, der 2017 vom Bundesrat verabschiedet wurde, wird der Verbrauch zusätzlich abnehmen. Der Aktionsplan will die Risiken halbieren, und es sollen Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Die Initiative verkennt, dass die Landwirtschaft bereits heute zahlreiche Methoden nutzt, um ihre Pflanzen vor Witterung, Naturereignissen, Unkraut und natürlichen Feinden zu schützen. Sie setzen Nützlinge ein, bauen resistente Sorten an, verwenden Techniken wie das Verwirrungssystem oder nutzen technische Innovationen. Zwei Jahre nach der Verabschiedung des Aktionsplans sind bereits wichtige Schritte zur Zielerreichung erfolgt, es braucht daher keine radikalen Massnahmen, wie sie die Initiative fordert.

⁵ Verordnung des EDI über Lebensmittel pflanzlicher Herkunft, Pilze und Speisesalz, Art. 21 und 24:

https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2017/181/de#chap_5/sec_1

⁶ <https://www.srf.ch/sendungen/kassensturz-espresso/bio-produkte-kosten-50-prozent-mehr>

⁷ Studie der Agroscope «Folgenabschätzung Trinkwasserinitiative: ökonomische und agrarstrukturelle Wirkungen»

<https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/57342.pdf>

Tabelle 5, Seite 24